

Rennbahn: Kühle Reaktion auf Ünsals Vorstoß

Grüne, CDU und FDP äußern sich abwartend bis skeptisch zu einer Teilbebauung der 30-Hektar-Brache

VON JÜRGEN THEINER

Bremen. Nach dem Vorstoß von Bausenatorin Özlem Ünsal (SPD) für eine Teilbebauung der ehemaligen Rennbahn im Bremer Osten nimmt die Debatte über die Zukunft des Geländes wieder Fahrt auf. Die SPD-Bürgerchaftsfraktion unterstützt den Impuls, während sich Grüne und CDU eher reserviert zeigen. Ein klares Nein kommt von der Bürgerinitiative, die 2019 den Volksentscheid gegen Wohnungsbau auf der Grünfläche zu Erfolg geführt hatte.

Wie berichtet, spricht sich Senatorin Ünsal in einem Strategiepapier grundsätzlich für eine „maßvolle Teilbebauung“ des gut 30 Hektar großen Areals aus. Sie will zwar die Substanz der Grünfläche erhalten. Angesichts des Wohnungsmangels im Stadtgebiet hält sie es aber für geboten, eine nicht näher quantifizierte Teilfläche für den Wohnungsbau in Anspruch zu nehmen.

„Wir haben das erwartet“, sagt der Sprecher der Bürgerinitiative (BI), Andreas Sponbiel. Nachdem bereits im August vergangenen Jahres Wirtschaftsministerin Kristina Vogt (Linke) einen ähnlichen Vorstoß unternommen habe, sei es nur eine Frage der Zeit gewesen, bis der Senat insgesamt auf diese Li-

nie einschwenken würde. Sponbiel hält am Ergebnis des Volksentscheids fest. Statt wieder über Wohnungsbau zu diskutieren, gelte es, den städtebaulichen Rahmenplan für das Areal aus dem Jahr 2022 umzusetzen. Das Konzept des Rotterdamer Planungsbüros „West 8“ sieht unter anderem Sportplätze und eine Mehrzweckhalle im Westen und Süden des Areals vor. „Der Sport wäre der große Verlierer, wenn davon wieder abgerückt wird“,

warnet der BI-Chef.

Der SPD-Baupolitiker Falk Wagner stellt sich dagegen an Ünsals Seite. Der Ansatz der Senatorin sei „umsichtig und ausgewogen“, findet der Bürgerschaftsabgeordnete und SPD-Landeschef. Die Menschen in Bremen bräuchten sowohl Wohnraum als auch Grün- und Freizeitflächen. „Aktuell gelingt keines von beidem“, sagt Wagner mit Verweis auf das nicht vorhandene Geld für die Umset-



FOTO: CHRISTINA KUHAUPT

Für die ehemalige Galopprennbahn existiert eine städtebauliche Planung, die bisher allerdings nicht ansatzweise umgesetzt ist.

zung der West-8-Pläne. Die Vermarktung einer Teilfläche eröffne die Möglichkeit, sowohl beim Wohnungsbau als auch bei der Aufwertung der vorhandenen Brache voranzukommen.

Der grüne Koalitionspartner hört sich deutlich zurückhaltender an. Für die baupolitische Sprecherin Bithja Menzel geht es nach wie vor darum, den Rahmenplan mit Sport-, Freizeit- und Grünflächen zumindest teilweise zu realisieren. Es sei zwar das gute Recht der Bausenatorin, sich neue Gedanken zu machen, doch müsse sich die Politik von Respekt gegenüber dem Volksentscheid leiten lassen. Menzel will nun von Özlem Ünsal genauer erfahren, „wie sie sich das vorstellt“.

Auch der CDU-Baupolitiker Oguzhan Yazici erwartet konkretere Aussagen: „Wo genau soll gebaut werden, in welchem Umfang, mit welchem Zeitplan und mit welchen Maßnahmen?“ Vom Senat erwartet Yazici, dass er „die nächsten Schritte nun transparent macht und seine Entscheidung nachvollziehbar begründet“. Die FDP erteilt Ünsals Vorstoß dagegen eine klare Absage. „Wir sagen klar: Der Volksentscheid gilt“, so Vizefraktionschef Ole Humpich. „Die Galopprennbahn muss endlich zu dem werden, was den Bürgerinnen und Bürgern versprochen wurde.“